

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 846 ppbr d

Inhalt

Christine Schmarsow zum
„Frauennetzwerk der Zu-
kunft“: Gleichstellung ist
eine Demokratiefrage.

Seite 1

Egon Lutz MdB zu den
März-Daten des Arbeits-
marktes: Der Arbeitslosen-
sockel rührt sich nicht.

Seite 4

Dokumentation
Der SPD-Bundestagsabge-
ordnete Dr. Hermann
Scheer und die Organisation
Greenpeace e.V. Deutsch-
land haben am Donnerstag
in einer gemeinsamen Stel-
lungnahme dazu aufgerufen,
einen sofortigen Teststopp
für Atomwaffenversuche
durchzusetzen. Zwei Pas-
sagen ihrer Erklärung auf

Seite 6

41. Jahrgang / 63

3. April 1986

Die Gleichstellung von Frauen ist eine Demokratiefrage

Thesen zum „Frauennetzwerk der Zukunft“

Von Christine Schmarsow
Mitglied der Gleichstellungskommission beim SPD-Parteivorstand
Dezernentin für Jugend, Schule und Weiterbildung in Kassel

Die nachfolgenden Thesen sollen als Gesprächsimpuls dienen. Je-
der Satz bedarf eigentlich der eingehenden Erläuterung, um nicht
mißverstanden zu werden. Das „Frauennetzwerk der Zukunft“
stelle ich mir weniger als einen organisierten Zusammenschluß
oder als eine Kartell vor, sondern mehr als einen auf gemeinsamen
Erfahrungen und Überzeugungen basierenden Gesprächszusam-
menhang von Frauen.

1. Die Gleichstellung von Frauen in allen gesellschaftlichen Be-
reichen, hier verstanden als gleichberechtigte Teilnahme an
allen öffentlich-politischen Willensbildungs- und Entschei-
dungsgremien, ist keine Sozialfrage, sondern eine Demokra-
tiefrage.

Das Maß, in dem Frauen tatsächlich an der Gestaltung der
öffentlichen Belange - sei es in abgesicherter beruflicher Po-
sition, sei es in gewählter politischer Funktion, sei es in
einer Kombination von beidem - teilnehmen können, ist
Ausweis der demokratischen Qualität eines jeden gesell-
schaftlichen Subsystems und der politischen Gesellschaft
insgesamt.

Männerdominierte Entscheidungs- und Machtstrukturen, mit
deren Existenz wir es allenthalben zu tun haben, sind vor-
und damit undemokratisch. Angesichts ihrer historischen
Wurzeln und ihrer sich im wesentlichen ständig reproduzie-
renden Ursachen ist ihre Überwindung eine wenn auch hof-
fentlich nicht dauernde, so doch langfristige Aufgabe.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 92,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Produktion Linzwe
aus dem
Kasseler
Kasseler-Verlag



Diese Aufgabe zu erfüllen, verlangt sowohl die Einsicht in die Demokratiebedeutung dieser Frage wie auch den Willen, die sozialen und politischen Voraussetzungen zu gleicher Repräsentanz von Frauen zu schaffen. Beides ist in der SPD noch nicht erreicht.

Die Frauenfrage darf nicht nur als Sozialfrage, sondern muß auch als Demokratiefrage begriffen werden.

2. Der Stellenwert der Frauenfrage in der politischen Akzeptanzskala der SPD ist in der letzten Zeit erkennbar gestiegen. Nachdem nun endlich auch teuer bezahlte Meinungsforschungsinstitute den Wandel in Lebensstilen, politischen Erwartungen und Interessen von Frauen herausgefunden haben, wird der Beteiligungsanspruch von Frauen in Politikstrategien eingebaut. Dies ist keineswegs der volle Durchbruch der Frauenfrage, sondern ein Etappensieg, den wir allerdings nutzen müssen.
3. Dort, wo die SPD Macht und Mehrheiten stabilisiert und gewonnen hat, vor allem im kommunalen Bereich, haben heute mehr Frauen als je zuvor eine Chance erhalten, in verantwortliche Positionen zu kommen. Dies korrespondiert mit der Tatsache, daß Frauen in kommunalen Parlamenten prozentual immer schon besser, wenn auch noch nicht zureichend, repräsentiert sind als auf Länder- oder Bundesebene.

Wir müssen darauf dringen, daß der beruflich-politische Durchstieg von Frauen im kommunalen Bereich, wie er vor allem in Hessen und Nordrhein-Westfalen deutlich wird, einerseits in allen Bundesländern passiert, in denen die SPD auf Landesebene Verantwortung trägt, und andererseits nicht nur auf diese Regionen beschränkt bleibt.

4. Zur Zeit zeichnet sich ein bemerkenswerter Widerspruch ab: Es scheint - wenn auch immer noch schwierig genug - gegenwärtig leichter zu sein, in SPD-geprägten Bereichen als Frau hauptberuflich akzeptiert zu werden als für politische Wahlfunktionen in Betracht zu kommen.

Im kommunalen Bereich und weit weniger ausgeprägt im Ministerialbereich findet ein Generationswechsel statt - sowohl was das Alter als auch was den Typ betrifft -, der den Frauen im Verein mit strategischen Überlegungen zur Mehrheitsgewinnung und zum Mehrheitserhalt Chancen verschafft. Im Bereich der politischen Mandatsträger für Länder- und Bundesebene hat sich dieser Generationenwechsel schon eher vollzogen, und zwar ohne quantitativ nennenswerte Frauenbeteiligung.

Dies erklärt zum Teil die Härte der Auseinandersetzung um Landtags- und Bundestagsmandate. Der andere Teil der Erklärung liegt darin, daß die Frauenfrage überwiegend aus nur taktischen Gründen ins Politikalkül eingebunden ist. Sobald es konkret wird - bei innerparteilichen Wahlen und Nominierungen -, scheint die intellektuelle und emotionale Schmerzgrenze der Männer erreicht zu sein. Als Frauen wird uns dann auch noch die weibliche Rolle zugeschrieben, dafür Verständnis haben zu sollen, zu trösten und zu heilen und noch ein bißchen zuzuwarten.

Das Fatale ist, daß unsere Ansprüche legitim, unser Zorn berechtigt und unsere programmatischen Begründungen unwiderlegbar sind, wir aber innerhalb der Partei eine zwar gewachsene und gestärkte, aber doch eine Minderheit von 25 bis 30 Prozent sind. Aus dieser quantitativen Minderheitsposition heraus, die sich von der Kommunal- bis zur Bundesebene nochmal verdünnt, läßt sich die Machtfrage nicht stellen. Wir sind auf innerparteiliche Bündnisse genauso angewiesen, wie auf begrenzte Regelüberschreitungen, wobei sich beides häufig nicht miteinander verbinden läßt.

5. Welche Konsequenzen sollten wir aus dieser Situationsbeschreibung ziehen:

- Weitermachen ist selbstverständlich. Resignation gilt nicht.
- Die Debatte über die Qualifikation von Frauen für hauptamtliche und politische Funktionen kann nicht mehr geführt werden, es sei denn über die Qualifikation von Männern würde jeweils ebenso diskutiert.
- Frauen in Institutionen und Positionen haben die politische und moralische Pflicht, im Rahmen ihrer Einflußmöglichkeiten Benachteiligungen für Frauen abzubauen und andere Frauen aufzubauen.
- Individuell mag es oft eine unzulässige Überforderung sein, im gesellschaftlichen Prozeß jedoch ist es unerlässlich, daß Frauen sich nicht schlicht an vorfindliche Strukturen anpassen. Die traditionell ausgenutzten Elemente des „weiblichen Arbeitsvermögens“ sollten nicht verleugnet, sondern produktiv eingebracht werden.
- Jede Frau in Institutionen und Positionen hat, ob sie es will oder nicht, eine Vorbild-, Identifikations- oder Orientierungsfunktion für andere Frauen. Zum überdimensionierten Erwartungsdruck der Männer kommt ein nochmal höherer Erwartungsdruck, wenn auch aufgrund der sozialen Situation verständlich, der Frauen.

In der Wahrnehmung vieler ist eine Frau, die scheitert, im wesentlichen der Beweis für die Unfähigkeit der Frauen generell, und eine Frau, die sich durchsetzt und Erfolg hat, eine individuelle Ausnahme. Die jeweiligen Umfeldbedingungen spielen in einer solchen Analyse keine Rolle mehr. Dieser simplen Bewertung läßt sich nur die Solidarität von Frauen und mit Frauen entgegensetzen - Solidarität nicht verstanden als rein emotionales Harmoniebestreben, sondern als Zusammenstehen um eines demokratischen Zieles wegen.

(-/3.4.1986/rs/ks)

Drei Jahre Wende-Politik: 2,5 Millionen ohne Arbeit

Feststellungen zu den Märzdaten des Arbeitsmarktes

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Da bleibt den regierungsamtlichen Jublern ihr Optimistengeschrei im Halse stecken: Der Arbeitslosensockel rückt und rührt sich nicht. Auch für den Monat März meldet die Nürnberger Bundesanstalt 2.447.619 Arbeitslose. Nach exakt drei Jahren Wende-Politik heißt das Ergebnis: 2,5 Millionen Bürger ohne Arbeit.

Präsident Franke räumt denn auch zerknirscht, aber nicht ohne zynische Untertreibung ein „wegen des ungünstigen Wetters im März ist der Abbau der Winterarbeitslosigkeit etwas langsamer in Gang gekommen, als gewöhnlich“. Was Herr Franke für gewöhnlich hält, belegt ein Blick auf die Zahlen der Vorjahre:

- März 1983 2.386.499
- März 1984 2.393.251
- März 1985 2.474.451
- März 1986 2.447.619.

Da hilft auch keine Selektion der Statistik, wie sie zunehmend nervöser werdende Politiker der Regierungskoalition empfehlen: Rund 2,5 Millionen Arbeitslose lassen sich nicht weg retuschieren, rund 40.000 neu in Arbeitslosigkeit geratene Frauen sprechen für sich, rund 14.000 Angestellte, die im vergangenen Monat ihren Job verloren haben, sind kein Betriebsunfall und eine unveränderte Zahl von 300.000 Kurzarbeitern sind nicht durch das Wetter erklärbar.

Kleinlaut räumt Heinrich Franke denn auch ein, daß die konjunkturellen Besserungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt „gegenwärtig weniger spürbar“ seien.

Die Nürnberger müssen selbst zugeben, daß der Rückgang der Arbeitslosenzahl nicht zuletzt deshalb zustande komme, weil die 58jährigen Arbeitslosen von der gesetzlichen Neuregelung Gebrauch machen. Das bedeutet: die tatsächliche Arbeitslosenzahl für den Monat März ist um exakt 18.400 nicht berücksichtigter ältere Arbeitnehmer geschönt!

Nun zu den Zahlen im einzelnen:

Die Zahl der Arbeitsvermittlungen veränderte sich mit 165.900 zum Vorjahresmonat nicht. Die Zahl der Kurzarbeiter veränderte sich im März ebenfalls nicht. Mehr als die Hälfte der rund 300.000 Kurzarbeiter müssen die Rechnung dafür bezahlen, daß diese Regierung sich als unfähig erwiesen hat, die Bauwirtschaft durch Zurverfügungstellung öffentlicher Investitionen anzukurbeln.

Die Zahl der Teilnehmer an beruflichen Förderungsmaßnahmen ist auf 254.000 gestiegen; das ist zum Vorjahr ein Plus von acht Prozent. Das gleiche gilt für AB-Maßnahmen: Hier betrug die Zunahme zum Vorjahr 19 Prozent.

Für 398.800 Arbeitnehmer endete die Arbeitslosigkeit im März, andererseits führten weniger Abmeldungen aus der Arbeitslosigkeit zur Arbeitsaufnahme.



Die Kräfte nachfrage zeigte im März geringfügig nach oben. Die Arbeitsämter vermittelten lediglich ein Prozent mehr Beschäftigungsverhältnisse als im Vorjahr, wobei es sich allerdings nur um Arbeitsverhältnisse handelt, die über mehr als sieben Tage laufen. Dagegen nahm die Vermittlung von Arbeitsverhältnissen bis zu sieben Tagen gegenüber dem Vorjahr um zwei Prozent ab.

Die Entwicklung bei den Bauberufen nennt die Bundesanstalt für das erste Quartal dieses Jahres „konjunkturell gedämpft“, zumal das Stellenangebot zwar höher ausfiel als im letzten Jahr, mit 12.300 aber dennoch äußerst bescheiden blieb. Für Büro-, Verwaltungs- und Organisationsberufe hat sich eine leichte Verbesserung ergeben. Dennoch betrug hier die Zahl der Arbeitslosen Ende März 310.500 und übertraf damit den Stand des Vorjahres um ein Prozent. Bei den Warenkaufleuten stieg der Zahl im Vergleich zum Vorjahresmonat ebenfalls um sechs Prozent.

In den sozial-, erziehungs- und geisteswissenschaftlichen Berufen sind drei Prozent mehr Arbeitslose zu verzeichnen, in den Berufen des Gesundheitsdienstes sogar sechs Prozent mehr als im Vorjahr. Bei den arbeitslosen Ausländern gab es lediglich eine Abnahme von ein Prozent, damit liegt die Arbeitslosenquote in dieser Gruppe immer noch bei der exorbitanten Zahl von 14,7 Prozent.

Die anscheinende Verbesserung der Situation arbeitsloser Schwerbehinderter (Abnahme von Februar auf März um 7.400) findet wie bei den älteren Arbeitslosen die Erklärung in der Anwendung des Paragraphen 105 c des Arbeitsförderungsgesetzes. Naturgemäß geht die Arbeitslosenzahl am spektakulärsten in besonders witterungsabhängigen Landesarbeitsamtsbezirken zurück. Dennoch blieb der Rückgang in Nord- und Südbayern unter der für den Monat März üblichen Abnahme. Dagegen stieg im Jahresvergleich die Arbeitslosenzahl in Berlin um fünf Prozent und in Schleswig-Holstein um vier Prozent.

So bestätigt auch der Monat März - wie bereits die ersten beiden Monate des dritten Wendejahres, daß sich diese Regierung darin einrichtet, mit rund 2,5 Millionen registrierten Arbeitslosen und rund 1,3 Millionen nicht gemeldeten Arbeitslosen weiterhin ihre einseitige arbeitgeberfreundliche Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik zu verfolgen. Das scheint auch die Prognose der Bundesanstalt selbst zu bestätigen, die davon ausgeht, daß es mehr als unwahrscheinlich ist, die Marke von zwei Millionen Arbeitslosen im Jahre 1986 zu unterschreiten.

„Dumm und töricht“, um einen Lieblingsbegriff des Bundeskanzlers zu benutzen ist es deshalb, wenn Kanzleramtsminister Schäuble den DGB mit unqualifizierter Schelte überzieht und ihm die Verantwortung für die Massenarbeitslosigkeit zuschiebt. Solch billige und gefährliche Polemik vermag bestensfalls das eigene schlechte Gewissen vorübergehend zu beruhigen. (-/3.4.1986/rs/ks)



D O K U M E N T A T I O N**Die historische Chance nutzen**

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Hermann Scheer, Abrüstungsexperte seiner Fraktion, und die Organisation Greenpeace e.V. Deutschland haben am Donnerstag in einer gemeinsamen Stellungnahme dazu aufgerufen, einen sofortigen Teststopp für Atomwaffenversuche durchzusetzen. Wir dokumentieren aus der Erklärung, die das sowjetische Moratorium positiv würdigt und den Titel „Die historische Chance nutzen“ trägt, den Appell an die Parlamente und einen Abschnitt, in dem eine internationale Expertenkommission zur Überwachung der Waffenentwicklung gefordert wird.

„Wir appellieren an den amerikanischen Kongreß und an die Parlamente der NATO-Mitgliedsländer, alle verfügbaren verfassungspolitischen Mittel zur Durchsetzung eines Teststopps voll auszuschöpfen.

Wir begrüßen... den Beschluß des amerikanischen Repräsentantenhauses vom 26. Februar, der die amerikanische Regierung zu sofortigen Teststoppverhandlungen auffordert. Ebenso begrüßen wir die Bemühungen amerikanischer Kongreßabgeordneter, weitere Tests durch eine Sperrung der Budgetmittel beziehungsweise durch die Verweigerung von entsprechenden Budgetmitteln im nächsten Haushalt zu unterbinden.

Wir appellieren an den Bundestag, den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion zu verabschieden, der auf der Grundlage der Teststoppvorschläge des amerikanischen Repräsentantenhauses und des sowjetischen Generalsekretärs einen sofortigen Teststopp befürwortet. Wir appellieren an weitere Parlamente in den europäischen NATO-Staaten, durch ebensolche Beschlüsse der Teststopp-Forderung Nachdruck zu verleihen. Aktuelle Meinungsumfragen in allen Ländern signalisieren einen eindeutigen mehrheitlichen Willen der Menschen für einen Teststopp. Je mehr dieser Wille durch entsprechende Parlamentsbeschlüsse und Regierungserklärungen unterstrichen wird, desto schwieriger wird es den für die Atomversuche Verantwortlichen, sich der Teststoppforderung zu unterziehen.

Um den Teufelskreis von Behauptungen und Gegenbehauptungen der atomaren Supermächte über das atomare Waffenpotential der jeweils anderen Seite zu durchbrechen, halten wir die sofortige Einsetzung einer unabhängigen internationalen Expertenkommission für notwendig, die vom UN-Generalsekretär einberufen werden sollte. Die USA wie die Sowjetunion werden aufgefordert, einer solchen Kommission Einblick in den Entwicklungsstand ihrer atomaren Waffensysteme zu geben, beginnend mit einem Einblick in den Erprobungsstand der atomaren Sprengköpfe. Die Expertenkommission muß die Möglichkeit haben, die Weltöffentlichkeit über den tatsächlichen Stand der Waffenentwicklungen zu informieren.

Die Behauptungen der Supermächte über die technische Qualität der atomaren Waffenpotentiale der jeweils anderen Seite sind eine ständige Quelle neuer Rechtfertigungen für immer weitere Rüstungen. Die Behauptungen sind also nicht einmal für die Parlamente überprüfbar. Die beiden eklatantesten gegenwärtigen Fälle sind die Behauptungen der amerikanischen Regierung über einen angeblich höheren Entwicklungsstand sowjetischer atomarer Sprengköpfe und über die Verletzung des ABM-Vertrages durch die Sowjetunion, weil diese angeblich vertragswidrig zusätzliche ABM-Radaranlagen und damit ABM-Systeme errichte. Die eine Behauptung dient dazu, die ABM-vertragswidrige Erprobung von SDI-Komponenten im Weltraum vorzubereiten.

Ohne Einblick durch eine unabhängige Kommission droht das Platzen bestehender Rüstungskontrollverträge und ist das Scheitern neuer Abrüstungs- und Rüstungskontrollchancen vorprogrammiert. Wir appellieren an die UNO, eine solche Kommission nach dem Vorbild der Palme-Kommission einzurichten, und wir appellieren an die Bereitschaft der Supermächte, einer solchen Kommission Einblick zu gewähren beziehungsweise bereits jetzt zu signalisieren, daß sie einer solchen Kommission Einblick gewähren würden. Die Weltöffentlichkeit hat die Alibis satt und hat ein Recht auf Wahrheit über die Waffen, die ihre Existenz bedrohen.“

(-/3.4.1986/rs/fr)

* * *

Kommunistische Liga
aus der Arbeiterbewegung
Rheinland-Pfalz

